

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB fordert ein deutsches Ja zum Sonderhilfsprogramm für Afrika: IFAD-Projekt liegt auch im Bonner Interesse.

Seite 1

Hans Iven plädiert für einen arbeitsmarktnutralen Zivildienst: Arbeitsuchende Mitbürger nicht verdrängen.

Seite 3

Dr. Anke Martiny MdB kommentiert die Situation bei den CDU-Frauen: Wer wird Nachfolgerin von Helga Wex?

Seite 5

Ludwig Stiegler MdB schildert Eindrücke von einer Reise der Arbeitsgruppe innersdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion: Albrecht vernachlässigt das Grenzgebiet.

Seite 6

41. Jahrgang / 101

2. Juni 1986

Deutsches Ja zum Sonderhilfsprogramm für Afrika notwendig

Das IFAD-Projekt liegt auch im politischen wie wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Bundesregierung läßt keine Gelegenheit aus, die besondere Wichtigkeit der Aufgabe zu betonen, die Staaten Afrikas südlich der Sahara bei ihrem Bemühen um eine nachhaltige Verbesserung ihrer Ernährungsbasis zu unterstützen. Umso mehr erstaunt es, daß sie nicht bereit ist, sich an dem Dreijahresprogramm des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) für die ländliche Entwicklung Afrikas südlich der Sahara mit nur 16 Millionen US-Dollar zu beteiligen. Denn dieses Programm erscheint ebenso notwendig wie sinnvoll, und eine Beteiligung an ihm liegt politisch wie auch wirtschaftlich im Interesse der Bundesrepublik.

Die meisten Staaten Afrikas südlich der Sahara haben einen ungeheuren und bisher nur unzureichend gedeckten Bedarf an Hilfe bei der Entwicklung ihrer bislang häufig vernachlässigten Landwirtschaft. Denn sie wollen die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherstellen und eine Wiederholung der Hungerkatastrophen der vergangenen Jahre verhindern. Zur Deckung dieses Bedarfs will der IFAD im Rahmen eines Sonderprogramms für Afrika 300 Millionen US-Dollar zusätzlich mobilisieren.

Diese Mittel sollen gezielt eingesetzt werden, um die Produktivität besonders der Kleinbauern und der armen Bevölkerungsschichten Afrikas zu steigern und die ländliche Entwicklung insgesamt durch flankierende Maßnahmen zur Rehabilitierung und zum Schutz der Umwelt zu fördern. Diese Maßnahmen sollen eng mit entsprechenden Sonderprogrammen anderer Geber verzahnt werden, vor allem mit dem Afrika-Programm der Weltbank. Dieser Hilfsansatz entspricht dem, was alle Sachkundigen für notwendig

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Konzipiert: Dariusz
red. verantwortlich:
Rudolf Schwinn



und aussichtsreich halten. Die Hilfe soll den 22 am stärksten von der Hungerkatastrophe der letzten Jahre betroffenen Staaten Afrikas zugute kommen. Zu ihnen zählen unter anderem Sudan, Mauretanien, Mali, Niger und Ghana.

Der IFAD bietet Gewähr für eine gute Durchführung des Programms. Er hat bisher mit geringem Aufwand eine wirkungsvolle Arbeit geleistet. Nur 13 Prozent seiner Projekte sollen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein, über 50 Prozent sie dagegen übertroffen haben.

Es erscheint in diesem Fall auch besonders sinnvoll, die bilaterale Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Staaten Afrikas durch eine multilaterale Zusammenarbeit über den IFAD, die Weltbank und andere multilaterale Organisationen zu ergänzen. Denn multilaterale Organisationen können die bei der Lösung im wesentlichen gleichartiger Probleme in einer ganzen Region besonders notwendige Aufgaben der Koordination und des Erfahrungsaustausches besser bewältigen als ein einzelner bilateraler Geber. Ihnen dürfte es im Zusammenwirken auch leichter gelingen, die Regierungen der beteiligten afrikanischen Länder von der Notwendigkeit zu überzeugen, der ländlichen Entwicklung in ihrer Politik höhere Priorität einzuräumen.

Die weitere Ablehnung der Unterstützung des IFAD-Sonderprogramms für Afrika würde die Bundesrepublik in dieser Frage auch innerhalb und außerhalb der EG isolieren und die Aussagen der Bundesregierung zur Förderung der ländlichen Entwicklung Afrikas als Lippenbekenntnisse erscheinen lassen. Denn die EG selbst wie auch viele ihrer Mitgliedstaaten sowie wichtige andere Länder unterstützen dieses Programm inzwischen. Es sagten zu die EG, nachdrücklich vom Europäischen Parlament unterstützt, fünf, Frankreich 22, Belgien 23,7 und die Niederlande 13,7 Millionen US-Dollar; Italien und Luxemburg haben Zusagen in Aussicht gestellt. Weiter beteiligen sich die skandinavischen Staaten. In den USA forderte das Repräsentantenhaus die Regierung auf, nach Möglichkeiten für einen Beitrag zum Programm zu suchen. Japan will sich ebenfalls beteiligen.

IFAD-Präsident Jazairy wies in einem Gespräch mit mir auf einen weiteren Gesichtspunkt hin: Durch eine Beteiligung der Bundesrepublik an dem Programm könnten auch bundesdeutsche Firmen an den Lieferungen und Leistungen im Rahmen dieses Programms teilhaben.

(-/2.6.1986/rs/ks)

* * *

Arbeitsuchende Mitbürger nicht durch Kriegsdienstverweigerer verdrängen

Der Zivildienst sollte sich auf arbeitsmarktneutrale Aufgaben konzentrieren

Von Hans Iven

Ehemaliger Bundesbeauftragter für den Zivildienst

Die heutige Rechtslage sieht für Zivildienstpflichtige eine Zivildienstdauer von 20 Monaten vor und wenn demnächst die Wehrdienstdauer auf 18 Monate verlängert wird, muß der Kriegsdienstverweigerer zwei Jahre Zivildienst leisten. Diese „Dritteautomatik“ halte ich für verfassungswidrig.

Selbst wenn Soldaten ihre Dienstpflicht schon hinter sich gebracht haben, funktioniert die „Dritteautomatik“, das heißt der ehemalige Soldat muß nach seinem Wehrdienst noch fünf Monate im Zivildienst dienen.

Zum Zivildienst selbst ist festzustellen: die soziale Qualität des Zivildienstes ist erhalten geblieben. Die steigende Quantität des Zivildienstes verschärft aber ein ganz schwieriges Problem, nämlich den Einfluß des Zivildienstes auf den Arbeitsmarkt. Dies bedeutet: Auf vielen Zivildienstplätzen könnten arbeitsuchende Mitbürger beschäftigt werden, zum Beispiel Krankenschwestern, Krankenpfleger, Rettungsassistenten und viele andere. Auch kann der Telefondienst im Krankenhaus von einem älteren Angestellten oder gar von einem Behinderten wahrgenommen werden, und nicht von einem Zivildienstleistenden.

Was sollte also geschehen, um die geschilderte Lage zwischen Zivildienst und Arbeitsmarkt zu entschärfen? Meiner Meinung nach dies: Die am Problem Beteiligten - nämlich die Gewerkschaft ÖTV, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die staatlicherseits Verantwortlichen für den Zivildienst - sollten eine Quote aushandeln über die Anzahl der in einer Sozialeinrichtung einzusetzenden Zivildienstleistenden. Vor Ort sollte die Personalvertretung immer bei der Neueinrichtung von Zivildienstplätzen beteiligt werden. Der Zivildienst sollte sich auf Einsätze konzentrieren die arbeitsmarktneutral sind wie zum Beispiel „Mobile soziale Hilfsdienste“ oder „Individuelle Schwerbehinderten Betreuung“ oder alle Einrichtungen der helfenden Hand.

Gibt es denn, so könnte man einwenden, auf diesen Feldern auf lange Sicht ausreichende Einsatzmöglichkeiten für anerkannte Kriegsdienstverweigerer? Meine Antwort lautet: Ja unbedingt - nehmen wir die „Mobilen sozialen Hilfsdienste“ (MSHD), hier sind im Augenblick über 5.000 Zivildienstleistende eingesetzt. Sie helfen regelmäßig oder sporadisch alten Mitbürgern oder durch Behinderung Hilfe bedürftigen Menschen ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Es sind vielfältige Hilfen im Haus-



halt, Einkaufen, Besorgungen bei Ämtern, Begleitung bei Spaziergängen sowie bei Sehbehinderung Zeitung und Bücher vorlesen, einige Dienstleistungen des MSHD. Manchmal ist es auch nur das Gespräch welches hilft die drückende Einsamkeit zu ertragen. Inzwischen kann nachgewiesen werden, daß etwa ein Viertel der durch MSHD Betreuten, ohne diese Hilfe in ein Heim verbracht werden müßten.

Die „Mobilen sozialen Hilfsdienste“ könnte man weiter ausbauen. Die jetzt vorhandenen „Mobilen sozialen Hilfsdienste“ sind nämlich nur der Beginn einer möglichen Entwicklung. Würde man die Dienste flächen- und bedarfsdeckend ausbauen, so brauchte man einige zehntausend Helfer für diese neue moderne soziale Dienstleistung. Der Zivildienst alleine wäre nicht in der Lage eine ausreichende Zahl von Dienstpflichtigen zur Verfügung zu stellen. Interessierte arbeitssuchende Mitbürger könnten als zusätzliche Helfer verwendet werden, wobei der von Nürnberg aufgebrachte finanzielle Aufwand zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit, in diese Dienstleistung umgeleitet werden sollte. Versuche dieser Art, auch mit ausländischen Mitbürgern, sind erfolgreich durchgeführt.

In einigen hundert Fällen helfen ZDL'er Schwerbehinderten bei der Gestaltung ihres Lebens. Ein oder mehrere Helfer stehen beispielsweise dem Querschnittgelähmten rund um die Uhr zur Verfügung. Dieser Einsatz hat sich in den letzten Jahren als der schwierigste erwiesen, er funktioniert nur wenn der Dienstpflichtige eine sinnvolle Vorbereitung erfährt und das menschliche Verhältnis zwischen dem Behinderten und dem Helfer funktioniert. Der Bedarf an Dienstleistung ist auf diesem Gebiet noch sehr groß.

Aber es gibt noch weitere Einsatzfelder für die Zukunft im Zivildienst. Mit der Stadt Köln wurde noch zu meiner Zeit ein Versuch „Krankenhausnachsorge“ organisiert. Hier helfen ZDL'er Krankenhauspatienten dabei, die stationäre Behandlung zeitig zu verlassen und wieder ein eigenständiges Leben zu führen. Der mögliche Bedarf an Helfern auf diesem Felde ist im Augenblick nicht absehbar.

Wie ist nun der Zivildienst heute und in der Zukunft zu sehen? Ich glaube, der Zivildienst kann seinen Auftrag, wie ihn das Grundgesetz vorgibt, erfüllen; er ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Dienstleistung geworden, er muß arbeitsmarktneutral gestaltet werden und in der geschilderten Weise weiter ausgebaut werden.

(-/2.6.1986/rs/ks)



Neue Eva oder alter Adam?

Wer wird Nachfolgerin von Helga Wex

Von Dr. Anke Martiny MdB

Im Hintergrund sind die Weichen wie immer längst gestellt, wenn es gilt, einen Posten zu besetzen: das Amt der Vorsitzenden der CDU-Frauen ist seit dem Tod von Helga Wex verwaist. Wer wird Nachfolgerin?

Denn, daß die Frauen das entscheidende Wählerpotential für die anstehenden Wahlen sind, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Ein solches Amt könnte Schlüsselfunktion haben. Helga Wex hatte schon vor Jahren ihre Partei auf das abnehmende Wählerinnenpotential aufmerksam gemacht. Bisher ohne Folgen - sieht man von Heiner Geißlers Ziehkind Süsmuth und vom Essener Frauenkongreß der CDU einmal ab, der bezeichnenderweise zehn Jahre nach entsprechenden Aktivitäten der SPD auf ihrem Parteitag in Mannheim stattfand.

So machen die Konservativen Frauenpolitik: Wenn die Krankheit richtig sichtbar ist, immer schön die Hand am Puls des vermeintlichen Zeitgeistes, aber niemals ablassen vom Männerbild, daß Frauen eine Interessengruppe seien wie Bauern oder Vertriebene, die es zufriedenzustellen gilt. Ob die CDU-Frauen, ob die CDU-Wählerinnen, ob die Frauen in der Bundesrepublik sich mit einigen geschickten Trostpflasterchen an der Nase herumführen lassen, zeigt vielleicht schon die Niedersachsen-Wahl: Experten warnen vor taktischen Spielchen.

Hörbar jedenfalls knirschte es in der CDU-Frauenriege, als an ihnen allen vorbei, ohne Rücksicht auf den politischen Sachverstand, auf die langjährige Politikerinnenerfahrung, auf die loyale Parteilarbeit, die neue Familienministerin von außen „eingekauft“ wurde. Rita Süsmuth ließ sich diese Chance natürlich nicht entgehen, „frau“ kann sich solche Posten nicht aussuchen, da muß zugegriffen werden. Und Geißler schlug mit seiner Nachfolgerin gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie kann ungestraft Progressives in der Öffentlichkeit sagen, denn alle Gesetzesvorhaben hat Geißler noch persönlich auf den Weg gebracht und frauen- und familienpolitisch wird sich ohnehin bis zur Bundestagswahl nichts mehr bewegen, andererseits ist die Ministerin völlig unerfahren im Umgang mit dem Apparat des Ministeriums und angewiesen auf die Zuarbeit - andere ziehen die Fäden. Was dabei herauskommt, zeigt Tschernobyl, zeigten aber auch schon die Lebensmittelkandale der letzten Zeit: Gesundheitspolitik ist nicht ihr Gebiet.

Preisfrage also, ob Rita Süsmuth, die in den Medien so gut ankommt, nun auch die CDU-Frauen anführen soll. Und bezeichnend für die Situation der Frauen in der dünnen Bonner Luft, daß hier wieder einmal eine gegen die andere ausgespielt wird: Ämter an Frauen zu vergeben, ist ein so seltenes Schauspiel, daß sich die Herren zurücklehnen und - feixend! - zugucken können, wie sich die „Stuten in der Zielgeraden“ - so nannte es der CDU-Pressesprecher bei der Geißler-Nachfolge ver-räterisch - im Kampf um den Posten zerreiben. Und wehe, sie sind etwa nicht solidarisch! Dabei wäre jede von ihnen nicht nur für dieses Amt geeignet, sondern auch für manches andere, das jetzt von einem mittelmäßig qualifizierten Hosenträger bekleidet wird.

Wer also wird's? Eine neue „My Fair Lady“ von George Bernard Geißlers Gnaden? Das steht zu befürchten. Denn wie hieß es in einem Kommentar zum CDU-Frauenparteitag: Die neue Eva des Herrn Geißler ist nichts als der alte Adam.
(-/2.6.1986/rs/ks)

* * *



Albrecht vernachlässigt das Grenzgebiet

Eindrücke von einer Reise der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion

Von Ludwig Stiegler MdB

Bei der Zonenrandreise der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion stellten wir mit großer Besorgnis fest, daß sich die niedersächsische Landesregierung über die Belange der Kreise und Gemeinden des niedersächsischen Zonenrandgebietes hinwegsetzt und die Bundesmittel der Zonenrandförderung nicht einmal ausschöpft.

Die Gemeinden und Kreise im niedersächsischen Grenzgebiet haben mit erheblichen Strukturproblemen zu kämpfen, die immer noch eine wesentliche Ursache in der Abtrennung von ihrem ehemaligen Hinterland haben, das heute zur DDR gehört.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern, die eine Grenze mit der DDR haben, zeigt Albrechts Regierung wenig Engagement für die Probleme in den grenznahen Bereichen. Es sind auch keine Versuche erkennbar, die Stilllegungen von Bundesbahnstrecken, oft wichtige Lebensadern in den dünnbesiedelten Landkreisen, zu verhindern, oder einzugrenzen wie dies zum Beispiel die Länder Hessen und Schleswig-Holstein praktizieren.

Die Abgeordneten unterstützten mit Nachdruck die Forderung der niedersächsischen SPD nach der Öffnung weiterer Grenzübergänge in die DDR, die sowohl für die Erleichterung des „Kleinen Grenzverkehrs“ als auch für unmittelbare Handelsbeziehungen mit den Regionen in der DDR nützlich sein können.

Die Arbeitsgruppe besuchte auch den Kreis Herzogtum Lauenburg und die Gemeinden Ratzeburg und Lauenburg in Schleswig-Holstein. Dort nahm sie an der traditionellen Zonenrandkonferenz der SPD teil und führte unter anderem ein Gespräch mit dem Lauenburger Schifferverein. Die dabei diskutierten Probleme der Elbe-Schiffer, insbesondere ihre Probleme auf den Wasserstraßen nach Berlin, bedürfen dringender Abhilfe. Eine Schifffahrt auf der Elbe mit dem Zoll bestätigte die Auffassung der SPD, daß viele der Probleme dadurch gelöst werden können, daß endlich für beide deutsche Staaten Rechtssicherheit auf der Elbe geschaffen wird. Andere Schwierigkeiten der Schiffer gehörten aber auf den Verhandlungstisch, wenn mit der DDR eine einvernehmliche Feststellung des Grenzverlaufs versucht wird.

Auf einer Bürgerversammlung in Hitzacker kündigte Reinhold Hiller, MdB, eine Kleine Anfrage der SPD über die Probleme der Schifffahrt auf der Elbe und nach Berlin an.

Ein Besuch bei Dienststellen des Bundesgrenzschutzes an der Grenze zur DDR bot auch Gelegenheit, einen Teil der deutsch-deutschen Grenze aus der Luft zu besichtigen. Die Notwendigkeit einer besonderen Förderung der grenznahen Gebiete wurde durch die dabei gewonnenen Eindrücke unterstrichen.

Der Grenzschutz leistet insbesondere bei der Abfertigung an den Grenzübergängen wertvolle Arbeit. Besonders hervorgehoben wurde die offenbar gut funktionierende Zusammenarbeit mit den Grenztruppen der DDR bei Schadensfällen und anderen Vorkommnissen an der innerdeutschen Grenze.

Auf der Reise nahmen die Abgeordneten Ludwig Stiegler, Reinhold Hiller, Horst Sielaff und in Schleswig-Holstein Eckart Kuhlwein teil. Sie besuchten unter anderem die Orte Ratzeburg, Lauenburg, Hitzacker, Lüchow, Dannenberg, Schnackenburg, Walkenried und Bad Sachsa und führten Gespräche mit Bürgermeistern, Landräten, Oberkreisdirektoren, Landtagsabgeordneten, Verbänden und mit dem örtlichen DGB.

(-/2.6.1986/rs/fr)

* * *

